Deutscher Bundestag **Drucksache 18/12396**

18. Wahlperiode 17.05.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Christian Kühn (Tübingen), Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Steffi Lemke, Peter Meiwald, Dr. Julia Verlinden, Harald Ebner, Matthias Gastel, Britta Haßelmann, Stephan Kühn (Dresden), Nicole Maisch, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 18/11975 –

Stadtentwicklungsbericht der Bundesregierung 2016

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

sozial gemischte Städte sind robuste Städte. Durch mehr grüne Freiräume, nachhaltige Baustoffe und eine ökologische Mobilität kann die Grundlage für ein gesundes und zukunftsfähiges Leben in der Stadt für alle gelegt werden.

Die soziale Schere in Deutschland geht immer weiter auseinander. Dabei hat das Wohnumfeld einen entscheidenden Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, arm zu werden oder arm zu bleiben. Wer in einem Stadtteil wohnt, in dem viele Menschen mit niedrigem Einkommen leben, hat ein höheres Armutsrisiko als andere. Der 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt außerdem, dass die soziale Entmischung mit der Gemeindegröße zunimmt. Großstädte sind entmischter als Kleinstädte oder der ländliche Raum.

Der Wohnort ist entscheidend für den Zugang zu Kitas, Schulen und anderen Freizeitaktivitäten. Für die Qualität des Wohnortes und den Zugang zu gesellschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten ist die Stadtentwicklung ausschlaggebend. Auch die Bundesregierung stellt in ihrem Stadtentwicklungsbericht fest: „Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben in der Stadt und für sozial gemischte, stabile Quartiere ist ein vielfältiges, bedarfsgerechtes und bezahlbares Wohnungsangebot.“ Doch dafür reichen die aktuellen Instrumente nichts aus.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf:

- Lebendige bunte Stadt- und Ortsteile zu erhalten und zu stärken, dazu 1 Million zusätzliche dauerhaft günstige Wohnungen zu schaffen und diese Wohnungen mit einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit dauerhaft zu sichern.
- Verdrängung von Menschen durch steigende Mieten zu verhindern und dazu die Schlupflöcher der Mietpreisbremse zu schließen und ein faires Mietrecht sicherzustellen.
- Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen beim Erwerb von Wohneigentum und Anteilen an Genossenschaften zu entlasten.
- Selbstbestimmtes Leben auch im Alter oder mit körperlichen Einschränkungen zu ermöglichen, dazu den Abbau von Barrieren in Wohnungen und dem Wohnumfeld voran zu treiben, das KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ bedarfsgerecht zu erhöhen und um einen Barrierefreiheitsbonus zu erweitern.
- Eine Holzbaustrategie nach schwedischem Vorbild aufzulegen, um rasches, ressourcenschonendes und bezahlbares Bauen, auch für Baulücken und Aufstockungen, zu stärken.
- Grüne Freiflächen, Gärten und Natur in den Städten stärker zu fördern, denn das ist lebenswert und schützt Städte vor den Herausforderungen der Klimakrise.
- Mit kurzen Wegen das Klima zu schützen und lebendige Stadt- und Ortszentren zu stärken und dazu das Prinzip „Stadt der kurzen Wege“ konsequent umzusetzen und perspektivlosen Flächenfraß einzudämmen.
- Das Programm Faire Wärme einzuführen, damit Wohnen und Heizen bezahlbar bleiben, dazu die Wärmeversorgung von klimaschädlichem Öl und Gas auf erneuerbare Wärme umzustellen und die energetische Modernisierung ganzer Stadtviertel sozial gerecht voranzubringen.

Berlin, den 16. Mai 2017

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

„Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert der Städte sein: Urbane Räume werden zur zentralen Organisationsform nahezu aller menschlichen Gesellschaften“, so die zentrale Botschaft des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) in seinem Gutachten „Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte“ im Jahre 2016. Mit der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen und den 17 globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung, den Sustainable Development Goals (SDGs), dem Klimaabkommen von Paris sowie der New Urban Agenda, die im Oktober 2016 in Quito von der Weltgemeinschaft auf der Habitat III-Konferenz verabschiedet wurde, sind die Maßstäbe einer nachhaltigen Stadtentwicklung formuliert worden. Eines der Ziele (Ziel 11) der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung benennt ausdrücklich die Stadt als Handlungsebene und fordert dazu auf, Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu machen.“ (Quelle: Stadtentwicklungsbericht der Bundesregierung, Seite 25, im Kapitel: 2 Grundlegende Ziele, Strategien und Instrumente des Bundes)

Die soziale Schere in Deutschland muss wieder geschlossen werden. Die Herkunft darf nicht weiter über die Zukunft eines jeden Einzelnen entscheiden. Grundlage dafür sind lebenswerte und gemischte Städte in Deutschland. Um diese zu erhalten bzw. wiederherzustellen, ist eine gezielte, ausgewogene und soziale Stadtentwicklung unabdingbar.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.